

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 3

Artikel: Die ideologische Kernfrage : ein Diskussionsbeitrag zur SP-Regierungsbeteiligung in der Schweiz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die ideologische Kernfrage

Hinter der gegenwärtigen Debatte um die SP-Regierungsbeteiligung in der Schweiz geht es hier wie in andern Ländern auch um die Frage, wie sich die Sozialdemokratie verstehen will: als Teil des pluralistischen Staates oder als Gegensatz dazu.

Ein Gespenst geht um in Europa: die Krise der Sozialdemokratien. Im wesentlichen geht es dabei um die Konfrontation des alten und bewährten Selbstverständnisses der Arbeiterparteien mit einer Ideologie, die ihre Wurzeln im Neo-Marxismus hat. Diese ist «emanzipatorisch» im Sinne eines extremen und damit konsensunfähigen Individualismus, sie lehnt die leistungsbezogene Marktwirtschaft ab und strebt einen egalitären und letztlich antipluralistischen Sozialismus an.

Bei der Bewältigung dieses Phänomens sind die Briten mit ihrer politischen Kultur den Kontinentaleuropäern wieder einmal um einiges voraus.

Weder den Führern der Labour-Partei noch den Massenmedien käme es in den Sinn, die Wurzeln für die Krise von Labour etwa bei der Aussenpolitik von Margaret Thatcher oder bei ihren Gewerkschaftsgesetzen zu suchen. Selbst nach der sicherlich schmerzlichen Abspaltung des rechten Labour-Flügels gab es keine «Aussenprojektionen» auf den politischen Gegner oder das System. Die Krise wird dort ausgetragen, wo sie ihren Ursprung nahm – in der Partei.

★ ★ ★

Ganz anders in Kontinentaleuropa: Als der SP-Bundeskanzler Helmut Schmidt ohne Regierungsmehrheit vor dem Parlament in Bonn stand, schrien er und seine Parteikollegen zusammen mit den einschlägigen Massenmedien «Verrat!». Sie meinten dabei die Freidemokraten unter Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher.

Dass die Krise von Schmidts eigener Partei, ideologisch zerstritten und gespalten, den Kanzler längst regierungsunfähig gemacht hatte, verdrängte dieser. Auch dann noch, als die SP unter Willy Brandt die Nato-Nachrüstung, und damit ein Sicherheitskonzept, für das sich Schmidt per-

sönlich stark engagierte, praktisch geschlossen verwarf.

Unter dem Strich verblieben nach jener historischen Abstimmung ein Parteichef, der in den Couloirs des Parlaments seine Stimmabgabe verschleierte, ein Ex-Bundeskanzler, der bei derselben Gelegenheit Papierflieger bastelte. Und eine Partei, die ihre innere ideologische Krise nach aussen projizierte und durch Aggressivität überspielte, wodurch der *politische Gegner* nach allen Regeln der Psychologie zum *Feind* wurde. Das ist in einer Demokratie politische Unkultur.

★ ★ ★

Dasselbe Bild bietet die Schweizer Sozialdemokratie: SP-Parlamentarier, die die Bundesversammlung verlassen und sich in den Couloirs tummeln, weil ein ungenehmer Genosse (Willy Ritschard) zum Bundesrat gewählt wurde. Ein Parteichef, der sich zur Unzeit als Papiertiger aufspielt. Eine Partei, die – unter gefälliger Beihilfe der einschlägigen Massenmedien – «Verrat!» schreit, wenn ein Parlament seine Würde behält und sich bei der Wahl eines Bundesrates nicht erpressen lässt. Und einige Parteistrategen, die emsig daran werkeln, den politischen Gegner zum *Feind Nummer eins* aufzubauen.

Gewerkschafter, gemässigte Sozialdemokraten und bürgerliche Parteien sollen sich in den nächsten Wochen und Monaten nicht täuschen lassen: es geht weder um das System der Konkordanzdemokratie noch um mangelnde Gemeinsamkeiten zwischen linkem und rechtem Lager; es geht weder um die Selbstachtung der Sozialdemokraten noch um die Ehre ihrer Partei. Schon gar nicht geht es um Lilian Uchtenhagen.

Es geht einzig und allein um die Krise der Sozialdemokratie, und die hat ihre Ursache in den Strategien der neo-marxistisch orientierten Ideologen im Umkreis von Parteipräsident Helmut Hubacher.

Die Krise der Sozialdemokratie hat eine Geschichte – und düstere Perspektiven:

1. Nach dem Misserfolg der revolutionären 68er Bewegung sammelte sich die Mehrheit der Aktivisten in der POCH, in der RML (heute SAP) oder fand in der SP eine neue Heimat. Während sich der extremen Linken eher die «Idealisten» zuwandten, nisteten sich in der SP die «Realisten» ein.
2. Von der SP aus liess sich der Marsch durch die Institutionen wie ein Sonntagsspaziergang bewerkstelligen. Als Regierungspartei nahm die SP Einfluss auf die Besetzung von mittleren und höheren Beamtenpositionen, Kommissionen, Arbeitsgruppen und Delegationen. Die Arbeiterpartei war froh, dass ihr chronischer Mangel an Intellektuellen bei der Besetzung solcher Stellen durch die Bereitschaft der ehemaligen 68er endlich behoben war. Die «Realisten» machten Karriere.
3. Auch innerhalb der SP – auf örtlicher, kantonaler und eidgenössischer Ebene – wurde der Marsch durch die Institutionen angetreten. Die engagierten Junggenossen entwarfen Programme und Konzepte, sie bestimmten mit ihrer Allgegenwart in Sektions- und Delegiertenversammlungen den ideologischen Gehalt der Beschlüsse und Resolutionen. Diese wurden von der Basis, von Gewerkschaftern und gemässigten Sozialdemokraten, je länger je mehr nur noch mit schweren Bedenken mitgetragen. Diese Diskrepanz zwischen gemässigtem Parteivolk und linkssozialistischen Ideologen hat sich, wie in anderen Ländern, auch in der Schweiz als schleichendes Malaise niedergeschlagen.
4. Es ist – und darauf kommt es an – eine Diskrepanz zwischen ideologisch *unvereinbaren* Positionen. Die Ideologen wissen, dass sie im demokratischen Verfahren, d.h. mit Argumenten, keine Mehrheit der Partei hinter sich bringen. Es sei denn, sie manövrieren beispielsweise die Partei in eine Situation, in der es um Emotionen, um «Selbstachtung» und «Ehre» der Partei geht. Der Appell zur Solidarität würde in einer derartigen Konstellation die Mehrheit der Genossen vermutlich disziplinieren.
5. Genau nach diesem Drehbuch wird nun seit geraumer Zeit gespielt: Ziel ist es, die Mehrheit der Partei durch äussere Umstände (die provozierte Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen) auf einen Weg zu bringen, der die von den Ideologen erhoffte Radikalisierung bringt – und das ist nach Lage der Dinge der Weg in die Opposition, von wo aus man die bürgerlichen «Feinde» mit allen «Formen der ausserparlamentarischen Aktionen» (SP-Positionspapier) und mit Volksfront-Taktiken bekämpfen kann. Ziel ist also die Reaktivierung des Klassenkampfes – ein Klassenkampf aus der Retorte der 68er Ideologen.

*

Die Urabstimmung wird auf dieses so angelegte Manöver die geeignete Antwort geben müssen.

just